

Haushaltsrede 2024

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren,

„Die Lage ist besch...eiden aber nicht hoffnungslos“ so könnte der Arbeitstitel unserer Haushaltsbegleitkommission lauten oder auch die Überschrift für so manch anderes politisches Thema oder die weltpolitische Lage sein. Ich gebe zu, dass dieser Titel nicht ganz zitierfähig und ernst gemeint ist, aber es war gelegentlich der Ausspruch meines Onkels, wenn er zu gewissen Situationen gefragt wurde. Und in der Tat, fällt es mir derzeit schwer so manche Entwicklung überregional aber auch in unserem Land zu verstehen. Denn wenn wir ehrlich sind, geht es uns doch im Großen und Ganzen sehr gut. Gerade die öffentliche Hand hat in den letzten Jahren sehr viel an Infrastruktur neu geschaffen oder erneuert – für den Landkreis gesprochen investieren wir in die Berufsschulen, sind in die Umsetzung der Regionalstadtbahn eingestiegen, haben das Landratsamt erweitert, das Radwegenetz ausgebaut und die Standards im ÖPNV erhöht. Neben den Investitionen erhalten heute viele Menschen eine deutliche bessere Unterstützung in schwierigen Lebenslagen. Durch die drei Familienberatungszentren finden Familien wohnortnah Beratung und Unterstützung, wenn es mit den Kindern nicht gut läuft und allgemein erhalten junge Menschen Hilfe in schwierigen Lagen. Menschen mit Handicap wird eine bessere Teilhabe ermöglicht und die Grundsicherung im Alter reduziert die Altersarmut. Wir haben zusätzliche nicht vorhersehbare Herausforderungen der letzten Jahre mit der Aufnahme von Geflüchteten und der Corona-Pandemie gemeistert. Ich könnte noch viele weitere Beispiele benennen, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes gute Arbeit leisten und Dienstleister für unsere Bürgerinnen und Bürger sind. Eine funktionierende Verwaltung ist keine Selbstverständlichkeit aber eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Und dennoch zeigen Umfragen wie rasant das Vertrauen in staatliches Handeln schwindet. Deshalb ist es mir wichtig, bei aller berechtigter Kritik, wenn sie mit dem Ziel besser zu werden geäußert wird, auf das hinzuweisen, was gut funktioniert. Dies sollten wir alle immer wieder gelegentlich auch tun, da gerade die Debatten über die Arbeit des Jugendamtes hier im Gremium nicht vertrauensbildend waren. Und wenn politische Mandatsträger über das Maß des demokratischen Diskurses hinaus ebenfalls Misstrauen gegenüber staatlichem Handeln befeuern, so taugen sie nicht zum Verfechter der Demokratie.

Vertrauen in die Politik und Staathandeln zurückgewinnen

Meine Damen und Herren, eine Aussage von Manfred Rommel bringt es auf den Punkt, wie wir dem Trend des Vertrauensverlust entgegenwirken können.

„Für die Politik kommt es darauf an, die Grenzen des Möglichen sichtbar und anschaulich zu machen und nicht mehr der Versuchung zu erliegen, die Grenzen des Möglichen als nicht vorhanden zu bezeichnen.“

Ja in der Tat. Wenn wir in nächster Zeit aufzeigen werden, was möglich ist, so werden die Erfolge der letzten Jahre nicht aufgehoben, sondern es wird geschaut, wo hat sich was bewährt und wo sind auch Dinge gewachsen und entstanden, die es wieder auf ein vertretbares und finanzierbares Maß zurückzuschneiden gilt. Es ist mir klar, dass das nicht einfach werden wird, zumal Reduzierungen schmerzhaft sind und Veränderungen per se für viele schon als bedrohlich empfunden werden. Zudem werden auch wir hier im Saal unterschiedliche „heilige Kühe“ haben, die nicht angetastet werden sollen. Es wird also spannend werden.

Einnahmen anpassen

Neben der Erörterung, wo Ausgaben reduziert werden können, muss seitens der Verwaltung auch die Einnahmenseite betrachtet werden. Wir wissen das Angebot der Tageseltern in der Kinderbetreuung zu schätzen und setzen weiter darauf, dass wir ein kreisweit einheitliches System zur Unterstützung entwickeln. Es kann aber nicht sein, dass die Elternbeiträge über zehn Jahre nicht angepasst wurden, wo doch in den Städten und Gemeinden die Gebühren für die Kinderbetreuungseinrichtungen jährlich dem Landesrichtsatz entsprechend erhöht werden. Sollten weitere Gebührentabellen veraltet sein, so müssen wir diese schnellstens auf einen aktuellen Stand bringen.

Entbürokratisierung

Vielen Bürgerinnen und Bürgern sind die Abläufe in der Verwaltung nicht verständlich. Viel zu kompliziert müssen Dinge beantragt und nachgewiesen werden. Viel zu viele Behörden, Interessensverbände und Bedenkenräger reden bei allen möglichen Entscheidungsprozessen mit und berufen sich auf gesetzliche Vorgaben. Manuel Hagel hat recht, wenn er die Abschaffung von Verwaltungsebenen im Land fordert. Nur zu Gut kennen wir die seitenlangen Stellungnahmen zu Sachverhalten und oftmals noch mit ähnlichen oder gleichlautenden Erläuterungen. Es kann und es muss einfacher gehen. Bis tatsächlich eine Verwaltungsstrukturänderung kommt, müssen wir aber bemüht sein unsere Abläufe zu optimieren.

Personalsituation

Erneut steigen die Personalausgaben um 7,6 Millionen Euro und werden im nächsten Jahr 63 Mio. Euro betragen. Die CDU-Fraktion kann die Schaffung der beantragten Stellen im Jugendamt nur mittragen, wenn in den nächsten Jahren keine neuen Stellen entstehen und mindestens im gleichen Umfang Stellen reduziert werden. Das bedeutet, dass neues Arbeitspensum mit Personalverlagerungen erledigt, im Pflichtaufgabenbereich Abläufe optimiert werden müssen und bei freiwilligen Bereichen manches eventuell nicht mehr möglich ist. Wie gesagt: „die Grenzen des Möglichen sichtbar machen“.

Entlastungsallianz des Landes BW

Es ist ein guter Anfang, dass mit der Entlastungsallianz des Landes nach Wegen gesucht wird, wie Dinge weniger bürokratisch erledigt werden können. Wir fordern aber klar und deutlich, dass nicht für jede politisch noch so gut gemeinte Idee gleich ein neues Gesetz notwendig ist. Viele Dinge sollen aus Überzeugung und aus dem Erkennen der Notwendigkeit heraus geschehen und nicht nur weil der Gesetzgeber es verlangt. Als Stichworte sollen Heizungsgesetz, Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule, Landesmobilitätsgesetz oder Gleichbehandlungsgesetz reichen. Der Wettbewerb der Ankündigung von nicht finanzierbaren Versprechen stärkt sicherlich nicht das Vertrauen in die Politik. Vielmehr ist bereits heute festzustellen, dass die auf die kommunale Ebene verlagerte Aufgabenerledigung nicht ausreichend in der Verteilung der Steuermittel berücksichtigt ist.

Mobilität

Großen Raum in unseren Diskussionen hier im Kreistag nimmt der ÖPNV ein und mit der größten Freiwilligkeitsleistung der Regionalstadtbahn auch das größte Infrastrukturprojekt unserer Region. Die CDU-Fraktion unterstützt weiterhin die Konzeption und Umsetzung, entsteht ja gerade hierdurch eine noch bessere Verknüpfung des ländlichen Raums mit den Oberzentren Tübingen und Reutlingen. Die Regionalstadtbahn verspricht Entlastung auf den Straßen und ist ein Beitrag zur klimaschonenden Mobilität. Wir sind aber bereit über Standards des Nahverkehrsplans zu sprechen und bei der Regionalstadtbahn die zeitliche Umsetzung den finanziellen Gegebenheiten anzupassen.

Wir bedanken uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für ihre Arbeit zum Wohle unserer Bürgerinnen und Bürger und heute insbesondere der Kämmerei, die an diesem Haushaltsplanentwurf gearbeitet haben.

– Es gilt das gesprochene Wort –

*Stephan Neher
Co-Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion*